

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Justizministerium hat den Staatsanwalt in Stanislaw, Franz Jorkasch, den Staatsanwalt in Rzeszow, Ernst Girtler Ritter v. Kleeborn, den Kreisgerichtsrath in Sambor, Alexander Semkowicz, und den Kreisgerichtsrath in Zloczow, Albin Mogilnicki, zu Landesgerichtsräthen beim Lemberger Landesgerichte ernannt.

Das Justizministerium hat dem disponiblen Komitatsgerichtsrathe, Felix Würfel, eine Kreisgerichtsrathsstelle bei dem Kreisgerichte in Tarnopol verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Die preussische Thronrede.

Der König Wilhelm hat, wie ein Telegramm aus Berlin meldet, beide Häuser des Landtags in Person eröffnet. Die Thronrede lautet im Wesentlichen also:

„Es ist mein dringender Wunsch, daß den Zerwürfnissen zwischen der Regierung und einem Theile der Landesvertretung ein Ende gemacht werde. Meine königliche Pflicht gebietet mir, die Macht und die Rechte der Krone nicht minder wie die verfassungsmäßigen Befugnisse der Landesvertretung hochzuhalten und zu schützen. Um zur Ausgleichung der entgegengesetzten Auffassungen über den Umfang und die Grenze des an sich unbestrittenen Rechtes der Landesvertretung zur Mitwirkung bei Feststellung des Stats zu gelangen, wird Ihnen eine Vorlage gemacht werden, welche die Befugnisse der Regierung, im Falle der Etab nicht gesetzlich festgestellt, regeln und der Befürchtung entgegenzutreten soll, daß die Regierung solchen Falles eine unbeschränkte Verfügung über die Staatsfonds in Anspruch zu nehmen beabsichtige.“

Durch die Armeeorganisation ist eine Erleichterung der älteren Landwehrklassen möglich geworden, die Gesamtmilitärstärke der Landwehr unverändert geblieben; diese Formation ist ohne bedenkliche Gefährdung der wichtigsten Interessen des Landes nicht mehr in Frage zu stellen. Deshalb ist es meine Pflicht, nur einem solchen Etat meine Zustimmung zu ertheilen, durch den die Erhaltung der bestehenden Heeres-einrichtung sichergestellt wird. Um endlich einen gesegneten Abschluß herbeizuführen, soll Ihnen ein umgearbeiteter Entwurf des Geses über die Kriegsdienstverpflichtung vorgelegt werden. Seither hat sich die Erwartung erfüllt, daß die Durchführung der Reorganisation in den Finanzkräften des Landes kein Hinderniß findet. Die Staatseinnahmen des vorigen Jahres weisen einen beträchtlichen Ueberschuß nach, die diesjährigen berechnen zu gleicher Hoffnung.

Vorgelegt sollen werden: Der diesjährige Etat mit einem Nachtrage, der Etat für 1864, der zwar das scheinbare Defizit noch nicht beseitigt, aber eine höhere Veranschlagung und Befriedigung zahlreicher neuer Bedürfnisse der Verwaltung gestattet; die Rechnungen über die Etats von 1859, 1860 und 1861 zur Decharge und ein Gesesentwurf über die Feststellung der Einnahmen und Ausgaben pro 1862.

Der wirtschaftliche Zustand des Landes ist befriedigend. Es werden Vorlagen wegen neuer Eisenbahnen gemacht werden. Festhaltend an der von der Landesvertretung gebilligten Handelspolitik tritt die Regierung in Verhandlungen mit dem Zollvereine mit dem ernstlichen Bestreben, das Band, welches die materiellen Interessen des größten Theils von Deutschland einschließt, unter Aufrechterhaltung des Handelsvertrages aufs neue zu befestigen und demnächst die Beziehungen des Zollvereins zu Oesterreich zu regeln.

Die Regierung bearbeitet ein Geses über die Rechtsverhältnisse der Genossenschaften.

Die Preßverordnung vom 1. Juni wird mit einer Novelle zum Preßgeses und Strafgesesbuche zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt werden.

Wir dürfen uns Glück wünschen, daß die Truppenaufstellungen und das kräftige Auftreten der Behörden Preußen vor ernstlichem Nachtheil der aufständischen Bewegungen in Polen bewahrt haben.

Sollte überlegener Widerstand gegen die Bundesexekution in Holstein-Lauenburg die Mitwirkung preussischer und österreichischer Streitkräfte und die Verwendung außerordentlicher Mittel erheischen, so werden dem Landtage Vorlagen gemacht werden.

Von dem bisherigen Verlaufe der Verhandlungen über die von der kaiserlich österreichischen Regierung angeregte Bundesreform wird meine Regierung dem Landtage Mittheilungen zugeben lassen. Ich habe die Mängel der bestehenden Bundesverfassung niemals verkannt; aber zu ihrer Umgestaltung weder den gegenwärtigen Moment noch die eingeschlagenen Wege für richtig gewählt halten können. Tief werde ich es bedauern, wenn die von mir gegen meine Bundesgenossen ausgesprochene Befürchtung sich bewahrheiten sollte, daß die Schwächung des Vertrauens, dessen die Bundeseinrichtungen zur Erfüllung ihrer Zwecke bedürfen, und die Unterschätzung der Vortheile, welche sie den Mitgliedern des Bundes in der gegenwärtigen Lage Europa's gewähren, das alleinige Ergebnis von Reformversuchen sein würden, welche ohne Bürgschaft des Gelingens unternommen wurden.

Diese Bürgschaft aber kann nur solchen Reformen beizubringen, welche in gerechter Vertheilung des Einflusses nach dem Verhältnisse der Macht und der Leistungen dem preussischen Staate die ihm in Deutschland gebührende Stellung sichern. Dieß gute Recht Preußens und mit ihm die Macht und die Sicherheit Deutschlands zu wahren, sehe ich als meine heilige Pflicht an.

Meine Herren! Wir stehen in einer bewegten Zeit, vielleicht an der Schwelle einer bewegteren Zukunft. Um so dringender richte ich an Sie die Aufforderung, an die Lösung unserer inneren Fragen mit dem ernstlichen Willen der Verständigung heranzutreten. Das Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn die für die preussische Monarchie unentbehrliche Macht des königlichen Regiments ungeschwächt erhalten wird und ich von Ihnen bei Ausübung Ihrer verfassungsmäßigen Rechte in der Erfüllung Ihrer landesherrlichen Pflichten unterstützt werde.

Gemeinsam haben wir für die Ehre und das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Dieser Aufgabe sind meine Bestrebungen unwandelbar und ausschließlich gewidmet, und in unerschüttertem Vertrauen auf die Treue meines Volkes hoffe ich dieselbe so zu lösen, wie ich es vor Gott verantworten kann.“

„Rüht bis ans Herz hinein“, so bezeichnet die „Presse“ den Charakter dieser Thronrede, und meint, es wäre verzeihlicher gewesen, wenn Bismarck dieselbe gehalten hätte. Die Regierung mache kein Zugeständniß, der Konflikt mit der Kammer bestehe fort.

„Dreimal hat das preussische Volk dem Könige durch die Wahlen geantwortet; trotz des exorbitanten Mißbrauches des Einflusses, den jede Regierung hat, steht ihr abermals eine noch imposantere Majorität gegenüber, und noch beharrt der König auf Bismarck'scher Politik. Das kann nicht gut enden.“

Bezüglich der inneren Fragen versöhnlicher, bezüglich der auswärtigen anspruchsvoller, als man erwartete, so charakterisirt die „D. D. P.“ die Rede. Durch das Bestreben, farblos zu scheinen, sei ein eigenthümliches Chaos von Sätzen entstanden, von denen immer einer den anderen aufhebe. Preußen will den Zollverein erneuern und dessen Beziehungen

zu Oesterreich regeln — aber unter Aufrechterhaltung des Handelsvertrages mit Frankreich. Preußen erkennt die Mängel der Bundesverfassung an — aber ihnen abzuhelfen, dazu sei weder der gegenwärtige Augenblick, noch die Reform-Akte geeignet, die Bürgschaft des Gelingens könne in diesem Punkte nur in der Wahrung des „guten Rechtes Preußens“ und seiner Stellung in Deutschland liegen. Auch der „Botsch.“ hält die Rede für gemäßigter, als man erwartet habe; sie habe sogar einen Ton der Beröhmung angeschlagen, der überrasche.

Ein Vergleich mit der Rede Napoleon's liegt nahe. Man kann sich keinen größeren Gegensatz denken als den, welcher zwischen der französischen und preussischen Thronrede besteht. Dort hoher Schwung, vollendete Form, universelle Ideen und Anschauungen, hier die Einfachheit in Form und Ideen bis zur äußersten Grenze angefrebt.

Ein Urtheil läßt sich mit aller Bestimmtheit aussprechen: Deutschland wird durch diese Thronrede nicht gewonnen und der preussischen Opposition der Kampf nicht schwerer gemacht.

Die auswärtige Presse über die französische Thronrede.

Die Journale des Auslands ergeben sich in breiten Kommentaren über die Rede Napoleons. Die französischen Journale haben für die Thronrede nur Worte der Anerkennung. Die offiziellen Blätter, voran „La France“, feiern das Programm des Kaisers als den Ausdruck der höchsten politischen Weisheit, die Oppositionsjournale, so weit sie den Inhalt der Rede im Einzelnen, insbesondere die auf die inneren Angelegenheiten bezüglichen Sätze nicht loben können, schweigen. Ueber den Kongressvorschlag sagt das „Journal des Debats“: „Die Proposition eines Kongresses wird, wenn sie von Europa angenommen wird, ohne Zweifel noch keine Lösung sein, aber sie bahnt den Weg zur Lösung der polnischen Frage, welche die öffentliche Meinung herbeisehne. In der Sachgasse, in welche die Ohnmacht der Diplomatie Europa geführt hat, ist die Vereinigung zum Kongress die einzig mögliche Lösung, und unter diesem Gesichtspunkte und insofern es die einzige Lösung ist, die unter den gegenwärtigen Umständen gedacht werden kann, muß man darauf eingehen. Frankreich hat für Polen gethan und wird fortfahren zu thun, was in seiner Macht steht. Was auch kommen mag, das kaiserliche Programm hat für Europa „eine neue Aera der Ordnung und Vernünftigkeit“ eröffnet und wir wünschen, daß es in dieselbe eintreten möge, denn es scheint uns, als rathe ihm sein klares und wohlüberstandenes Interesse, seine Differenzen nicht mit den Waffen, sondern auf Kongressen zu entscheiden. Unsere Wünsche, unsere Wünsche sind nicht zweifelhaft: wir wünschen aufrichtig, daß diese neue Kombination in Europa günstig möge aufgenommen werden. Und wenn diese Proposition auf irgend einer Seite Schwierigkeiten finden sollte, so halten wir wenigstens darauf, zu konstatiren, daß diese Schwierigkeiten nicht von Frankreich ausgehen.“

Die Auffassung der englischen Blätter ist zumeist friedlich, jedoch dem Kongressprojekt nicht günstig. „Morning Post“, das Lieblingsorgan Lord Palmerstons, schreibt: „Der Kaiser hat in seiner Rede mit keiner Sylbe der gemeinsamen Aktion der Mächte Erwähnung gethan. Der Vorschlag eines europäischen Kongresses und einer allgemeinen Entwaffnung ist beachtenswerth. Diese Proposition kann wohl zu einem Resultate führen, wenn der Augenblick, ihn in ernste Erwähnung zu ziehen, gekommen sein wird. Für jetzt aber macht die polnische Frage eine Entwaffnung unmöglich. Die Hauptfrage ist daher das

Kongressprojekt. Was kann daraus hervorgehen, selbst wenn Rußland darauf einging? Wenn England, Frankreich und Oesterreich ihre an Rußland gestellten Forderungen mit einer halben Million Menschen und einer Flotte unterstützt hätten, so würden sie erlangt haben, was sie wünschten. Da sie aber nicht zu einem Einverständnis gelangen konnten, so haben sie nichts gethan und nichts erreicht. Ebenso würde auch ein Kongreß ohne Resultat bleiben.“ — „Times“ sagt bezüglich einer Stelle der Kaiserrede: Die Allianz Frankreichs und Rußlands habe seit dem Ende des Krimkrieges bis dieses Jahr bestanden. Sie fügt hinzu, die Kriegsdrohung am Schlusse der kaiserlichen Rede habe ihren ursprünglichen Charakter nicht auf. „Wir müssen es als wahrscheinlich betrachten“, sagt die „Times“, „daß der Kaiser in der That einen europäischen Krieg zu vermeiden wünscht, wenn ihm die Stimmung der französischen Nation dies gestattet.“ — „Es waltet kein Zweifel mehr ob“, schreibt „Morning Star“, „Napoleon will den Frieden. Ein Kongreß ist sehr wohl möglich. England, Preußen, Oesterreich und Rußland sollten dieser Idee, welche jede Befürchtung aufhebt, sich anschließen.“ — „Daily Telegraph“ sagt: „Jedes Wort der Rede des Kaisers wird von allen Denen gebilligt werden, welche das Beste der Menschheit wollen. Wir wissen nicht, ob der vorgeschlagene Kongreß in der jetzigen Epoche statthaben wird; aber der Vorschlag selbst ist ein politisches Meisterstück. Unterbreitet Frankreich dem Kongresse auch die Frage der Okkupation Roms? Was wird Frankreich thun, wenn Rußland an dem Kongresse theilzunehmen sich weigert? — „Morning Herald“ sagt: Europa athmet freier seit der friedlichen und befriedigenden Rede, die der Kaiser gehalten. „Herald“ glaubt weder an einen Krieg für das nächste Frühjahr, noch an den Erfolg eines Kongresses. — „Daily News“ sucht zu beweisen, Frankreich verliere seine Stellung als Schiedsrichter Europa's und als Beschützer der Nationalitäten, wenn es nicht zum Kriege für Polen sich entschleße. „Man kann von einem Kongresse nichts erwarten“, sagt dieses Blatt; „niemals wird sich eine Konferenz auf die Einladung Frankreichs versammeln, um zu erklären: Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu existiren.“

Auch die preussischen Blätter fassen beinahe alle die Thronrede friedfertig auf. Die „Kölnische Ztg.“ schreibt: Es sei gewiß im gemeinschaftlichen Interesse Europa's, im Osten unseres Welttheils Zustände zu schaffen, welche die Möglichkeit der Dauer gewähren. Aber man müsse mit aller Kraft und Entschiedenheit zu verhindern suchen, daß Napoleon III. nicht wieder, indem er die Franzosen zum Dienste für eine Idee aufruft, sich für diesen Dienst in sehr materieller Weise auf Unkosten anderer Länder bezahlen lasse; man müsse ihm nicht erlauben, Frankreich zum Vorkämpfer der Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu machen, man müsse vielmehr selbst für das Billige und Gerechte eintreten, wenn es das Nothwendige geworden sei. „Ein auf seine Bildung so stolzer Erdtheil wie Europa“, sagt das genannte Blatt, „kann unmöglich zugeben, daß die russische Herrschaft in der bisherigen Weise in Polen fortdauere, und so schwer es sein mag, über Das, was an die Stelle zu setzen, sich zu einigen, so muß diese Einigung doch mit allem Ernste erstrebt werden.“

Die „Europe“ sagt: Der Eindruck, welchen die Rede Napoleon's auf die Regierungen hervorgebracht hat, ist ein düsterer Krieg — das ist die logische Folgerung aus den kaiserlichen Worten. Anstatt die Rettung Polens durch einen mit der Korporation Oesterreichs und Englands unternommenen Krieg anzustreben, zieht er es vor, den Krieg aus einem Kongresse hervorgehen zu lassen, welcher unter dem Vorwande einberufen wird, die Grundlagen des europäischen Kontinents in politischer und territorialer Beziehung umzugestalten. Und wenn Krieg oder Frieden aus dem vorgeschlagenen Aropage hervorginge, wer wäre Napoleon's Bundesgenosse, und wer sein Gegner? Fürst Gortschakoff hat die Lage wohl begriffen, und deshalb hat er in einer neuesten Depesche an Budge die Erklärung erneuert, daß Rußland bereit ist, einen Kongreß zu beschicken, aus dem eben alle schwebenden Fragen, und nicht die polnische allein, verhandelt würden.

Oesterreich.

Wien. Se. Majestät der Kaiser haben der Wiener Schiller-Stiftung durch das h. Oberkämmereramt für heuer (wie seit der Gründung) den Betrag von 500 fl. allergnädigst zu bewilligen geruht.

— Ihre Majestät die Kaiserin haben sich allergnädigst bestimmt gefunden, der katholischen Gemeinde zu Gattaja im Banat zum Bau der dortigen Kirche einen Beitrag von zweihundert Gulden zu bewilligen.

Wien, 9. November. Die „Presse“ meldet, Fürst Metternich habe die Instruktion erhalten in Paris zu erklären, Oesterreich sei bereit, den Weg des

Kongresses zur Befestigung des europäischen Rechtes nach einem Modus zu betreten, der mehr geeignet sei, mit der den vollendeten Thatsachen schuldigen Rücksicht in Uebereinstimmung gebracht zu werden.

Fürst Gortschakoff hat bereits in einer Depesche an Budge in Paris erklärt, daß Rußland bereit sei, den Kongreß zu beschicken; ob aber der Czar in Person kommen wird? —

— Der Ausschuß zur Vorberatung der Luxus-, Personal- und Klassensteuer hat über Antrag des Abgeordneten Dr. v. Waser einstimmig beschlossen, zu beantragen:

„Das h. Abgeordnetenhaus wolle beschließen, die von der hohen Regierung zur Deckung der in dem Staatshaushalte vom November 1863 bis Ende Dezember 1864 sich ergebenden Abgänge in Antrag gebrachte außerordentliche Personal- und Klassensteuer sei für diese Finanzperiode nicht einzuführen.“

Dieser Beschluß läßt die Entscheidung über die Einführung dieser beiden Steuerergänzungen in einer späteren Finanzperiode offen. Es erhob sich die Frage, ob diese Ablehnung aus inneren Gründen der Steuer oder aus äußeren zu rechtfertigen sei. Der diktorische Beschluß involvirt die Motivierung aus äußeren Gründen, welche auch über Antrag v. Waser's beschlossen wurde. Die Gründe sind wesentlich doppelter Art. Man erachtete, daß die Klassensteuer auf einem gesunden Prinzipie beruhe und als eine Ergänzung der übrigen direkten Steuern wohl in Betracht komme; dieß setze aber die vollzogene Steuerreform voraus. Bei dem jetzigen unausgeglichenen Steuersystem könne die Steuer nicht empfohlen werden.

Der zweite andere Grund, welcher sich auf beide abgelehnte Steuerergänzungen bezieht, besteht darin, daß die Zeitverhältnisse sich mit Einbringung der Steuer vorlage noch schlimmer gestaltet haben und daß der Nothstand und die Arbeitslosigkeit die Einführung der auf die Massen berechneten Personal- und der jedenfalls mehr oder weniger exekutorischen Klassensteuer zur Unmöglichkeit machen — Auch bezüglich der Luxussteuer hat der Ausschuß einen definitiven Beschluß gefaßt, und nachdem über die Vorfrage des Abgeordneten Dr. Waser, wie die Erhebung zu einer nicht kostspieligen und nicht veratorischen zu gestalten sei, Herr v. Plener sich zu der entgegenkommendsten Bereitwilligkeit verstanden hatte, wurde die Luxussteuer definitiv angenommen.

Verona, 6. November. Vor länger als einem Jahre wurde eine aus Militär- und Finanzorganen zusammengesetzte Kommission mit der Aufgabe betraut, Vorschläge zur Reorganisation des Finanzwachdienstes auszuarbeiten. Dieses geschah und, um namentlich dem Waffens- und Warenschmuggel an der Grenze Schranken zu setzen, wurde den verschiedenen Finanz-Grenzwachen Militär-Affidenz zugewiesen. Es scheint dieses ein Experiment gewesen zu sein, um zu versuchen, ob sich eine militärische Organisation der Finanzwache anempfehle. Dieses scheint nun der Fall zu sein, denn, wie wir so eben erfahren, wird nun die Reorganisation der Finanzwache nach den von der erwähnten Kommission vorgeschlagenen Modalitäten erfolgen, wornach die Finanzwache ganz militärisch organisiert und unter Militär-Jurisdiktion gestellt werden wird. Die Dienstzeit bei der Finanzwache würde demnach gleich der Militärdienstzeit zählen, die Finanzwachen mit einer bestimmten Kapitation affittirt werden, wodurch eine genauere Abrechnung und größere Verlässlichkeit der Finanzwache erzielt würde. Wie es heißt, werden diese Reformen bald erfolgen und auch mehrere die Vereinerung der See- und Küstenstriche betreffende Veränderungen erfahren. — JZM. Ritter von Benedek, welcher bekanntlich mit Urlaub auf seiner Besitzung bei Graz weilte, wird Mitte d. M. bereits hier erwartet, um das Kommando der 2. Armee wieder zu übernehmen. Bald nach seinem Einrücken wird der Feldzeugmeister die Truppen in ihren Wintergarnisonen besichtigen.

Prag, 7. November. Die nächste Session des böhmischen Landtages beginnt am 15. Januar 1864. Wie in kompetenten Kreisen die Nachricht kursirt, ist die Einberufung des Landtages auf diesen Tag bestimmt. Bei der diesmaligen Eröffnung dürfte es gleich stürmisch zugehen, die renitenten Reichsräthe wollen im Landtage eine Erklärung ihres Verhaltens im Reichsrathe abgeben. Gleichzeitig ist eine Interpellation an den Statthalter vorbereitet, um Aufklärung über das Verhalten der Regierung zu verlangen, welche einen großen Theil der Beschlüsse des böhmischen Landtages in der vorjährigen Session noch nicht sanktionirt hat. Die Ergänzungswahlen in den Reichsrath sollen gleich bei Beginn der Session auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die nationale Fraktion wird dem bisherigen Programme des Nevolim (Nichtwählens) trenn bleiben und daher einzelne Kreise ohne Vertretung bleiben. — Mit der Einberufung des Landtages findet auch die Petition des Landesauschusses um Ernennung des neuen Oberst-

Landmarschalls ihre Erledigung. Dieselbe wird noch im Laufe dieses Monats erfolgen und ist Graf Rothkirch's Berufung auf die Stelle eines Oberst-Landmarschalls von Böhmen gewiß.

Ausland.

Dresden, 5. November. Der „N. N. Ztg.“ schreibt man von hier: Die sogenannte polnische Nationalregierung hatte in jüngster Zeit ihre Thätigkeit bereits bis auf unser gutes Dresden ausgedehnt. Gegen Ende des Monats Oktober erschien nämlich in hiesiger Stadt ein gewisser J., der sich den zahlreichen hier lebenden Polen „offiziell“ als „Konsul der Nationalregierung“ vorstellte, und denselben notificirte, daß er in dieser seiner amtlichen Eigenschaft das Interesse der Nationalregierung hier wahrzunehmen, und diesem entsprechend mehrere Maßregeln zur Ausführung zu bringen habe. Letztere waren hauptsächlich darauf gerichtet, der Nationalregierung Geld und Zuzüge an jungen Leuten zu verschaffen. Zu diesem Zweck schrieb der Herr Konsul, der bereits ein offenes Bureau dazu eingerichtet hatte, in aller Form für die hier lebenden Polen eine Personalsteuer aus, die per Kopf, je nach der Abschätzung, wöchentlich bis 1 Thlr. betrug, während er andererseits den auf hiesigen Lehranstalten befindlichen jungen Leuten polnischer Nationalität eröffnete, daß sie binnen fünf Tagen Dresden zu verlassen und nach Polen heimzukehren, einzuweilen aber täglich 2½ Sgr. Steuer an ihn zu entrichten hätten. In diesen Schülerkreisen aber stieß er auf sehr energische Opposition. Die jungen Leute hatten weder Lust zu einer Wintercampagne in den polnischen Wäldern, noch wollten sie sich zu einer freiwilligen Schmälerung ihres Taschengeldes verstehen. Endlich kam die Sache der Polizei zur Kenntniß, und diese machte der Sache sofort ein Ende; sie betrachtete diese Steuererhebung als eine Erpressung, und ließ den Herrn „Konsul“, der im Posen'schen heimatsberechtigt gewesen sein soll, einfach über die Grenze geleiten. Die hiesigen Polen können nur dankbar dafür sein, daß sie von diesem Terrorismus befreit worden sind.

Meiningen, 4. November. Das heutige „Regierungsblatt“ bringt folgendes Dementi: „Aus Berliner Zeitungen kommt eine Notiz, nach der sich der Minister von Krosigk in Nürnberg in hervorragender Weise scharf gegen Preußen ausgesprochen haben sollte. Wir sind in der Lage, dieß, sei es nun, daß es sich auf dienstliche oder persönliche Auslassungen beziehen soll, als eine tendenziöse und völlig anmaßliche Lüge zu bezeichnen.“

Landshut, 5. November. Die hiesigen Mitglieder des National-Vereins wollten eine Robert Blum-Feier abhalten; dieselbe wurde aber durch Magistratsbeschuß verboten.

Turin, 5. November. Man schreibt von hier der „Tr. Ztg.“: In einer der letzten Ministerraths-Sitzungen, welcher der König präsidirte, kam auch die Haltung zur Sprache, welche Italien eventuell in der polnischen Frage zu beobachten haben werde. „Run“, soll der König gesagt haben, „mir scheint es, daß sich darüber nicht lange nachsinnen läßt, und die Frage schnell beantwortet werden kann. Wacht Frankreich den Krieg gegen Rußland ohne Oesterreich mit, so gehen wir natürlich mit Frankreich; geht Oesterreich mit den Westmächten gegen Rußland, so kämpfen wir auf der Seite der Russen, unsere Stellung ist in jedem Falle Oesterreich gegenüber.“

Paris, 6. November. In der heutigen Sitzung des legislativen Körpers hielt der Herzog v. Morny eine Eröffnungsrede, welche als Kommentar der Worte des Kaisers, „Sie Alle haben mir den Eid geleistet, dieß bürgt mir für ihren Beistand.“ Er sagte unter Anderm: „Die letzten Wahlen haben politische Ansprüche geweckt, welche seit einigen Jahren gesammelt haben. Das Wort Freiheit ist oft ausgesprochen worden, und wird es ohne Zweifel noch oft werden. Dieses beunruhigt die Regierung nicht; wir dürfen nicht vergessen, daß der Souverain selbst die erste Ursache dieser Meinungsbewegung ist. Ist's nicht der Kaiser, welcher die Initiative aller Reformen ergriffen hat, deren die letzte Kammer theilhaftig geworden?“ Er sprach dann von der Freiheit und der Achtung der Gesetze in England und bemerkte, daß dieses Land lange zur Konsolidirung dieser Freiheit gebraucht habe. „In Frankreich“, fährt er fort, „hat der Kampf zwischen den großen öffentlichen Gewalten Revolutionen hervorgebracht, die aber niemals definitiv einer dauernden Freiheit zu Ruhe gekommen sind. Glauben Sie mir, meine Herren, ich sage es Ihnen mit patriotischer Ueberzeugung, die Freiheit kann nur friedlich durch die aufrichtige Einigkeit zwischen einem liberalen Herrscher und einer gemäßigten Versammlung geübt werden.“ — Die Senatsitzungen wurden unter dem Vorsitze Troplong's eröffnet, womit die beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Präsidenten widerlegt werden.

— Die „Ind. belge“ gibt eine pikante Darstellung der Eröffnung des Corps legislativ in Paris: Die Diplomatenloge zog selbstverständlich die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die Abwesenheit des österreichischen Vorschalters wurde allgemein bemerkt. Man studierte sodann die Haltung der anwesenden Vertreter der Mächte. Rom zeichnete sich durch eine merkwürdige Ruhe aus. Der Runtius fühlte, daß die Nacht, die er vertritt, ewig sei und er zeigte sich unbeweglich wie sie. Die Türkei lachte; wahrscheinlich glaubte der türkische Gesandte, daß die Thronrede einen Ausfall gegen Rußland enthalten werde. England war sehr nachdenkend und Lord Cowley nahm melancholische Stellungen an. Der Kaiser erschien und verlas die Thronrede mit einer ruhigen, scharf betonenden Stimme, welche bis in den Hintergrund des Auditoriums vernnehmbar war. Die Stellen, welche Polen betreffen, wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt. Der Kongressvorschlag wurde von der Versammlung als undurchführbar betrachtet. Im Ganzen machte die Rede einen befriedigenden Eindruck, ein Theil der Versammlung sah jedoch darin den Krieg. Der Schluß der Rede, wo der Kaiser erklärte, sich an die Spitze der liberalen Souveräne stellen zu wollen, wurde mit stürmischem und wiederholtem Beifall aufgenommen.

Wien, 2. November. Ungeheures Aufsehen macht hier die Flucht des Almosenters eines der größten katholischen Pensionate Belgiens, nachdem er zwei junge Mädchen von guter Herkunft, die in jener Anstalt waren, verführt haben soll. Man denke sich die Verlegenheit und die Angst aller übrigen Eltern, welche ihre Kinder jener Schule anvertrauten. Schon die vorige Woche war die Sache ruckbar geworden. Der Verführer hatte aber die Frechheit, in einem durch die katholischen Blätter veröffentlichten Schreiben die Gerüchte als eine niederträchtige Verleumdung zu bezeichnen, deren Urheber er gerichtlich verfolgen würde. Jetzt stellt sich heraus, daß dieses insolente Auftreten nur darauf berechnet war, sich die zur Flucht notwendige Zeit zu sichern.

Polen. Von beiden Seiten werden die grauenhaftesten Thaten vollführt, und die gegenseitige Erbitterung nur noch mehr gesteigert. General Berg beabsichtigt dem Lande eine neue Kontribution aufzuerlegen. Er hat zu diesem Behufe den Staatsrath zusammenberufen.

Die Massenverhaftungen dauern fort. In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober wurden, wie man der „Schl. Ztg.“ schreibt, zwei Töchter des geachteten Warschauer Bürgers Bleischer verhaftet und befinden sich heute noch in der Zitabelle, ohne, so weit ihren Angehörigen bekannt ist, bis jetzt auch nur verhört worden zu sein! — Zu Hause liegt indeß die Mutter krank darnieder, der Vater ist trostlos und das Glück auch dieser Familie ist zerstört! Dergleichen Fälle zählt man in Warschau leider sehr viele. Es wäre dringend zu wünschen, daß wenigstens bezüglich des zarten Geschlechtes die Untersuchungen nach Möglichkeit beschleunigt würden, da längere Gefängnißhaft bei Frauen oft schwerere Folgen zurückläßt, als in der Absicht menschlicher Richter liegen können.

Bekanntlich wurde kürzlich die Nachricht verbreitet, der frühere polnische Diktator Langiewicz habe die Rolle des Unterhändlers bei einer angeblich in Warschau befindlichen Friedenskommission übernommen und verlange, die österreichische Regierung möge ihn an Rußland ausliefern. Marjan Langiewicz veröffentlicht nunmehr eine Erklärung im „Wand“, welches Blatt obige Nachricht zuerst veröffentlichte, in welcher er sagt, daß er die Nachricht, in Warschau bestünde eine moskowitzische Friedenskommission, und daß er zum „Unterhändler bei dieser sauberen Geschichte“ ausersehen sei, zuerst aus dem „Wand.“ erfahren habe. Er erklärt ferner: Am 29. April d. J. habe ich an die preuß. Regierung das Gesuch gerichtet, mich aus dem preußischen Unterbanenverband zu entlassen. Am 17. September d. J. hat die preußische Regierung die nachgesuchte Entlassung urkundlich bewilligt, nachdem trotz der gründlichsten Nachforschung kein gesetzlicher Grund zur Vorenthaltung einer Entlassungsurkunde gefunden werden konnte. Am Schlusse des Briefes erklärt der Exdiktator, daß „er sich an jenen pazifistischen Bestrebungen niemals betheiligen werde, und daß er nur in dem Charakter eines gewesenen Insurgenten an die moskowitzischen Behörden ausgeliefert werden kann.“

— Aus **Warschau** kommende Reisende erzählen, daß fortwährend russische Truppen Warschau mittelst Eisenbahn verlassen und ihre weitere Marschdirektion von Patrikau aus auf der Chaussee gegen die galizische Grenze nehmen. Alle größeren Orte längs der galizischen Grenze sollen bereits von russischen Truppen besetzt sein, welche noch Verstärkungen aus dem Innern Rußlands erwarten.

Shanghai, 21. September. Hier herrscht Ruhe. Die anglo-chinesische Expedition trifft Vorbereitungen,

die Stadt Sheipoo anzugreifen. Aus Japan wird nichts Neues gemeldet.

Tagesbericht.

Laibach, 11. November.

Wie wir vernahmen, wurde Dr. E. H. Costa die Auszeichnung zu Theil, zum Mitgliede der kaiserlichen Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der Naturforscher ernannt zu werden. Unseres Wissens war seit Franz Grafen von Hohenwart, kein Krainer Mitglied dieser gelehrten Gesellschaft.

— Der bisherige General-Direktor der Südbahn, Herr Michel, gibt, wie ein Wiener Blatt meldet, seinen Posten auf und zieht sich auf seine Güter in Frankreich zurück. Auf seinen Vorgänger, Herrn Laperiere, welcher gegen seine Beamten besonders rücksichtsvoll und leutselig war, hatte der mit den Verhältnissen zu wenig vertraute Herr Michel einen ziemlich schweren Stand, der ihm trotz der bedeutenden Revenue sein weiteres Verbleiben wenig angenehm gemacht haben mochte. Mit dem Eintreten eines neuen General-Direktors wird auch eine Veränderung in der vieltheiligen Direktions-Organisation stattfinden.

Wien, 9. November.

Se. Majestät der Kaiser haben allergnädigst zu verfügen geruht, daß die beiden Knaben des verstorbenen ungarischen Flüchtlings Ladislaus Meszoros, welche sich derzeit in der Obhut des Bischofs von Scutari befinden, in österreichische Erziehungsanstalten, und zwar der Eine derselben in die Theresianische Akademie, der Andere in eine Militär-Bildungsanstalt, übernommen werden.

— Die Nachricht der „Nation“ von einer zu erwartenden Abberufung des Fürsten Metternich von dem Vorschaltersposten in Paris ist, wie die „W. Abendpost“ „aus bester Quelle erfährt, durchaus unbegründet.“

— Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Mittwoch, den 11. November 1863, um 11 Uhr Vormittags Statt.

G. C. Gegenüber der zuerst von der „D. A. Z.“ gebrachten und von dieser in mehrere deutsche Journale übergegangenen Nachricht, daß die Wahl des protestantischen Professors Dr. Stein in Prag zum Dekan der dortigen philosophischen Fakultät von Seite des Staatsministeriums nicht bestätigt worden sei, können wir auf das Bestimmteste versichern, daß in dieser Angelegenheit eine Entscheidung des Staatsministeriums noch nicht erfolgt ist.

— Wie die „G. C.“ meldet, ist von dem Altensitz, worin die Nationalregierung gegen die ihr imputierte Urheberchaft an der Ermordung des Herrn v. Kuczynski protestirt, auch ein Exemplar dem Herrn Polizeiminister in Wien unter Couvert mit dem Poststempel „Lemberg“ übersendet worden.

— Man spricht davon, daß Herr Dr. Franz Lad. Rieger eine böhmische Zeitung herauszugeben gedenkt, welche eine konservative Richtung verfolgen, und die politischen Bestrebungen der Partei Graf Clam-Martiniß — Rieger befördern würde. Graf Clam-Martiniß soll für die Herausgabe einer solchen Zeitung stimmen, während Fürst Karl Schwarzenberg gegen dieselbe ist, da er den gegenwärtigen Moment dafür nicht passend findet.

— Der Herzog August von Sachsen Koburg hat bei der Weininger Bank ein Anlehen von einer halben Million Thaler auf seine österreichischen Güter aufgenommen. Herr Baron Sina hat in Paris ein Anlehen von 20 Millionen Francs, welches auf seinen ganzen Grundbesitz intabulirt wird, abgeschlossen. Die Fürsten Czeterhazy haben auf ihre Majorsgüter durch eine belgische Bank zwei Millionen Gulden stillber aufgenommen.

Bermischte Nachrichten.

Einem Schreiben aus Tirol entnehmen wir die Mittheilung nachstehender Grabschrift, die sich auf einem kleinen Friedhofe im Zillertale befindet und ihres komischen Inhaltes wegen in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Dieselbe lautet: „Hier liegt der Hüttelbacher Voi! — Gott gnäde dem Hüttelbacher Voi! — So wie der Hüttelbacher Voi! gnädig wär dem lieben Gott! — Wenn der liebe Gott wär der Hüttelbacher Voi! — Und der Hüttelbacher Voi! wär der liebe Gott!“

— Der „Nat. Ztg.“ wird aus Stockholm berichtet: In den höheren Gesellschaftskreisen ist jetzt weniger von der gegenwärtigen politischen Situation als von einem neuen poetischen Produkte des Königs die Rede, welches in diesen Tagen erscheinen soll. Dasselbe wird den Titel führen: „En Samling Dikter of C.“ (eine Sammlung Gedichte von C.) Sie soll

theils einige größere lyrisch-epische Dichtungen enthalten, welche vor einiger Zeit in's Französische übersetzt, und in Frankreich herausgegeben worden sind, theils eine Anzahl kleinerer lyrischer Gedichte. Die Sammlung ist in der königlichen Buchdruckerei gedruckt, und wird durch die Herren Samson und Wallin distribuir. Schon wiederholt hatte Prinz Oskar, des Königs Bruder, den Weihnachtstisch mit literarischen Arbeiten versehen; diesmal folgt der König seinem Beispiele. Der König hatte sich schon als Kronprinz mit poetischen Arbeiten befaßt, eine Menge lyrischer Stücke geschrieben, und in gebundener Rede verschiedene ältere nordische Sagen bearbeitet. Diese Gesänge wurden in einzelnen Heften gedruckt, und in Hofkreisen vertheilt. Ein Franzose aus Pau (woher die Bernadotte'sche Dynastie stammt), Herr de Lagrange, Mitglied des kaiserlichen Hofes zu Paris, erhielt ein Exemplar, übersetzte es ins Französische, und ließ die Uebersetzung in diesem Jahre in ungebundener Form erscheinen. Der König läßt jetzt eine Auflage in schwedischer Sprache erscheinen. Das Verlagsrecht soll einem von des Königs Adjutanten zum Geschenk gemacht sein.

— Das dänische „Dagbladet“ erklärt, daß die dem König Frederik zuerst in schwedischen Blättern zugeschriebene Aeußerung, daß er im schlimmsten Falle Dänemark als Republik proklamiren werde, wenn sie auch der Sinnweise des Königs durchaus entspreche, doch wenigstens öffentlich niemals gethan worden sei und höchstens privatim gethan worden sein könne.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Telegramm der „Laibacher Zeitung.“

Wien, 10. November. Die Börse ist verstimmt durch allerlei Gerüchte. In Galizien soll das Ständerecht proklamirt werden. Drei Regimenter sind dahin marschbereit. Rußland konzentriert immer mehr Truppen an der Grenze.

Frankfurt, 9. November. Die „Europe“ meldet: Graf Salignac-Fénelon hat dem Bundespräsidialgesandten Freiherrn v. Kübel das Schreiben des Kaisers Napoleon zugestellt, welches Deutschland zu einem europäischen Kongresse in Paris einladet und den deutschen Fürsten Gastfreundschaft zusagt, wenn sie persönlich der Einladung folgen.

Das Schreiben des Kaisers Napoleon werde heute in außerordentlicher Sitzung des Bundestages mitgetheilt.

Dresden, 9. November. Heute wurde der Landtag durch den König eröffnet. Die Thronrede verkündet Verbesserung der Beamtengehälter und Erleichterung für die Steuerpflichtigen, erwartet von der Berliner Zollkonferenz allseitiges Einverständnis über den französischen Handelsvertrag, Erhaltung des Zollvereins und hofft, daß das Ziel der Reformation auf der gewohnten Basis im Wege der Verhandlungen zu erreichen sei; verspricht endlich Ausführung der Bundesexekution in Holstein.

New-York, 30. Oktober. General Hooker wurde am 29. Nachts von den Konföderirten angegriffen. Die blutige Schlacht währte von Mitternacht bis 7 Uhr Morgens. Hooker vertrieb den Feind und nahm alle seine Positionen.

Programm

der morgen, Donnerstag, am 12. Nov. 1863, um 5 Uhr Nachmittag, stattfindenden Monats-Versammlung des histor. Vereins für Krain, im Lokale des Schulgebäudes, ebener Erde, links vom Haupt-Eingange.

1. Herr Dechant Peter Hisinger: Urkundliche Beiträge zur Reformationgeschichte Krains, hauptsächlich im 16. Jahrhundert, dann über Freudenthal und die Venezianer Kriege.

2. Bericht des korrespondirenden Mitgliedes Hrn. Prof. Petrucci, in einem Schreiben an den Vereinsdirektor, Wien den 17. Oktober 1863, über das Resultat seiner Forschungen zur Aufklärung der römischen Stein-Inskriptionen in Krain und was dießfalls noch zu geschehen hätte.

3. Herr A. Dimih: Zur Geschichte der Tsakuten in Krain.

Laibach, am 10. November 1863.

Theater.

Heute, Mittwoch: „Eulenspiegel.“

Morgen, Donnerstag: „Daphnis und Chloë.“ „Ich werde mir den Major einladen.“ „Der Graf aus dem Buche.“

